


## Niederschrift

### der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt am 08.06.2023

---

<b>Sitzungsort:</b>	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
<b>Beginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Ende:</b>	17:48 Uhr
<b>Anwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Abwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Sitzungsleiter:</b>	Herr Blechschmidt
<b>Schriftführer/in:</b>	

#### Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift	
3.1.	Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 04.05.2023	<b>1160/23</b>
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Behandlung von Anfragen	
5.1.	Reisegewerbekarte - Thüringer Verwaltungskostengesetz	<b>0962/23</b>

(ThürVWKostG)

Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Hose

BE: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport

- 6. Festlegungen des Ausschusses
- 6.1. Festlegung aus der öffentl. Sitzung des OSOE vom 04.05.23 zum TOP 5.2. - Verwilderte Hochzeitstauben in Erfurt (DS0418/23) - hier: Prüfung der Rechtsgrundlagen  
BE: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport **1007/23**
- 6.2. Festlegung aus der öffentl. Sitzung des OSOE vom 04.05.23 zum TOP 5.3. - Stand der Öffentlichkeitskampagne Zivilcourage (DS 0684/23) hier: Weitere umfangreichere Informationen  
BE: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport **1009/23**
- 7. Informationen
- 7.1. Mündliche Informationen
- 7.1.1. Entschädigungen für Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren in Erfurt  
Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN, Herr Robeck  
hinzugezogen: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und der Sport **1275/23**
- 7.2. Sonstige Informationen

## I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-  
Nummer

### 1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE., eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Es waren sieben stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

### 2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Blechschmidt informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass die mündliche Information:

- Drucksache 1275/23 –Entschädigungen für Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren in Erfurt, Antragsteller Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Robeck

unter dem Tagesordnungspunkt 7.1.1 in die Tagesordnung aufgenommen werden soll. Herr Robeck begründete seine Antragstellung.

Der Ausschussvorsitzende stellte die Aufnahme der Drucksache 1275/23 in die Tagesordnung zur Abstimmung:

**bestätigt**    **Ja 6**                    **Nein 0**                    **Enthalten 1**                    **Befangen 0**

Somit wird die Drucksache 1275/23 unter dem Tagesordnungspunkt 7.1.1 beraten.

Des Weiteren informierte der Ausschussvorsitzende darüber, dass der Tagesordnungspunkt 5.1, DS 0962/23 – Reisegewerbekarte laut Schreiben des Einreichers auf die nächste Sitzung des Ausschusses vertagt werden soll.

Da keine weiteren Änderungen zur Tagesordnung vorlagen, stellte Herr Blechschmidt, Ausschussvorsitzender, die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

**bestätigt**    **Ja 8**                    **Nein 0**                    **Enthalten 0**                    **Befangen 0**

### 3. Genehmigung der Niederschrift

#### 3.1. Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 04.05.2023

1160/23

genehmigt Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1

## Beschluss

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt vom 04.05.2023 wird genehmigt.

### 4. Dringliche Angelegenheiten

Dringliche Angelegenheiten lagen nicht vor.

### 5. Behandlung von Anfragen

- 5.1. Reisegewerbekarte - Thüringer Verwaltungskostengesetz 0962/23  
(ThürVWKostG)  
Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Hose  
BE: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport

Siehe Tagesordnungspunkt 2- Änderung der Tagesordnung.

## vertagt

### 6. Festlegungen des Ausschusses

- 6.1. Festlegung aus der öffentl. Sitzung des OSOE vom 1007/23  
04.05.23 zum TOP 5.2. - Verwilderte Hochzeitstauben in  
Erfurt (DS0418/23) - hier: Prüfung der Rechtsgrundlagen  
BE: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport

Herr Horn, Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport, erklärte, dass das Thüringer Landesverwaltungsamt angeschrieben wurde. Allerdings stünde die Beantwortung noch aus. Darüber hinaus sei die geplante Kampagne vorbereitet und es könne im Juli gestartet werden, die Plakate an den betreffenden Orten aufzuhängen.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedankte sich für die ausführliche Beantwortung und bat darum, die Festlegung bis zur Vorlage der Antwort des Thüringer Landesverwaltungsamtes zu vertagen.

## vertagt

- 6.2. Festlegung aus der öffentl. Sitzung des OSOE vom 04.05.23 zum TOP 5.3. - Stand der Öffentlichkeitskampagne Zivilcourage (DS 0684/23) hier: Weitere Umfangreiche Informationen** **1009/23**  
**BE: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport**

Herr Horn, Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass auf das in der Stellungnahme genannte Anschreiben, an die laut Beschluss genannten Beteiligten, bisher nur der Beirat für Menschen mit Behinderung geantwortet hätte. Als Termin für die Rückmeldungen sei der 01.06.2023 terminiert.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedankte sich für die Beantwortung und appellierte daran, den eingeschlagenen Kurs weiter fortzuführen.

### **zur Kenntnis genommen**

## **7. Informationen**

### **7.1. Mündliche Informationen**

- 7.1.1. Entschädigungen für Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren in Erfurt** **1275/23**  
**Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN, Herr Robeck**  
**hinzugezogen: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und der Sport**

Herr Horn, Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport, bezog zur genannten Drucksache Stellung. Er sprach zunächst seine Wertschätzung an die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren für ihre geleistete ehrenamtliche Arbeit aus. Weiterhin erläuterte er, dass die Beschäftigten im Amt für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz hervorragende Arbeit leisten. Die Beschäftigten würden bereits am Limit arbeiten und alles daran setzen, den Auftragsstau so schnell wie möglich abzarbeiten. Sogar ein externer Dienstleister sei zeitweilige zur Unterstützung beauftragt worden. Zu den Engpässen sei es durch krankheitsbedingte Ausfälle sowie durch Vakanzen bei der Stellenbesetzung gekommen. Durch die Umsetzung von Mitarbeitenden sowie dem Einsatz eines externen Dienstleisters konnten die Auftragsrückstände zum größten Teil abgearbeitet werden. Herr Horn ergänzte, dass er davon ausgehe, dass ab Juli alle Rückstände abgearbeitet sind und die Auszahlung wieder planmäßig erfolgen wird. Des Weiteren wies er darauf hin, dass die Probleme immer offen und transparent an die Betroffenen kommuniziert wurden.

Der komm. Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz verwies auf das Missverhältnis zwischen den zu erledigenden Aufgaben und dem vorhandenen Personal. Er erklärte, dass ab dem 01.07.2023 eine offene Stelle besetzt werde und für

den kommenden Haushalt weitere Stellen beantragt wurden. Auch verwies er auf die stets offene und transparente Kommunikation gegenüber den Betroffenen, Wehrführern etc. Er gehe davon aus, dass die Auszahlung ab dem Juli ohne weitere Verzögerungen erfolgen kann.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedankte sich, und hatte Nachfragen bezüglich der Umsetzung eines Mitarbeiters, den für den kommenden Haushalt angemeldeten Stellen und den Kosten für den externen Dienstleister.

Der komm. Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz erwiderte, dass die Kosten für die Beauftragung des externen Dienstleisters bei ca. viereinhalbtausend Euro lagen. Er erläuterte weiterhin, dass eine Stelle am 01.07.2023 neu besetzt werde und zwei weitere Stellen für den Haushalt angemeldet seien. Des Weiteren ging er auf die Schwierigkeiten bei der Personalsituation ein, da einige Mitarbeitende langzeiterkrankt sind.

Herr Blechschmidt, Ausschussvorsitzender, erkundigte sich, ob es möglich sei zu erfahren, wie viel Prozent der Beschäftigten im zuständigen Bereich des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz langzeiterkrankt seien.

Herr Robeck schlug eine Festlegung für die nächste Sitzung des Ausschusses zu der von Herrn Blechschmidt angesprochenen Problematik vor.

Der komm. Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz verwies auf den Datenschutz sowie den Personalrat und die damit verbundenen Schwierigkeiten einer Auswertung von langzeiterkrankten Beschäftigten.

Herr Hagemann, Fraktion CDU, äußerte, dass eine Auflistung der Langzeiterkrankten nichts an den vorhandenen Problemen ändern würde. Er schlug vor, das Problem verwaltungsmäßig zu analysieren und etwas dagegen zu unternehmen. Er sprach sich gegen eine Festlegung aus.

Herr Horn verwies auf die bereits sehr transparente Darstellung durch den komm. Amtsleiter und ergänzte, dass Personalangelegenheiten dem Oberbürgermeister obliegen. Des Weiteren wies er darauf hin, dass ein zusätzlicher Auftrag wie z. B. die Beantwortung einer Festlegung wieder Personalressourcen in genau dem verantwortlichen Bereich bindet.

Herr Frenzel, Fraktion SPD, erklärte, dass die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr auf ihre Vergütung warten würden. Er äußerte, dass eine verspätete Auszahlung der Vergütung auch steuerrechtliche Nachteile habe. Er lobte die Kameraden, da diese trotz der ausbleibenden Vergütung weiter ihr Ehrenamt ausgeübt haben, dies sei nicht selbstverständlich. Er bat den Beigeordneten für Sicherheit, Umwelt und Sport um das Versprechen, dass eine verspätete Auszahlung der Vergütung nicht wieder vorkomme.

Herr Horn, erklärte, dass jeder bestrebt sei diesen Zustand zu beheben und alles dafür getan werde, dass es nicht mehr zu solchen Verzögerungen kommen werde.

zur Kenntnis genommen

## 7.2. Sonstige Informationen

Herr Poloczec-Becher, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, schilderte ausführlich seine Erlebnisse auf dem Erfurter Anger. Er ging dabei vertiefend auf die hohe Anzahl "der Trunkenbolde und Randalierer" ein sowie auf die Arbeit der Polizei und des Ordnungsdienstes. Besorgt äußerte er sich über die verunsicherten Touristen und darüber, dass Stadtführer den Anger für Touristen nicht mehr als Verweilort empfehlen würden. Er habe das Gefühl, dass die Situation auf dem Anger immer schlimmer werde und der Stadt entgleitet. Es müsse nach Möglichkeiten und Lösungen gesucht werden, wie das Bild der Stadt wieder verbessert werden könnte.

Des Weiteren sprach er an, dass die auf dem Anger geltenden Regeln wie das Radfahrverbot in der Zeit von 09:00 Uhr – 18:30 Uhr oder das Alkoholverzehrverbot bis 17:30 Uhr seiner Meinung nach nicht konsequent kontrolliert und bzw. geahndet werden. Er wies darauf hin, dass die Verkehrsregeln für alle gelten würden und die Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch darauf hätten, dass diese auch durchgesetzt würden. Gerade in diesem Punkt ging er vertiefend auf die Situation der Straßenbahnfahrer, welche auf dem Anger extremen Stresssituationen ausgesetzt seien, ein. Er lobte die geänderte Fußgängerüberquerung in der Warschauer Straße, welche einen Unfallschwerpunkt entschärft hätte.

Herr Blechschmidt, Ausschussvorsitzender, verwies auf das Problem der dünnen Personaldecke beim Bürgeramt und der Landespolizeiinspektion. Das Problem des Angers sei bekannt und nun sollten wirksame Konzepte diskutiert werden.

Herr Horn, Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport, ging auf die vorgebrachten Äußerungen ein und erklärte, dass die Stadt bereits auf die derzeitige Situation reagiert hätte. Es wurden gemeinsame Streifen von Stadtordnungsdienst und Polizei eingeführt und auch an der Errichtung eines Büros für den Kontaktbereichsbeamten auf dem Anger werde intensiv gearbeitet. Er erklärte, dass für das Ahnden von Straftaten ausschließlich die Polizei zuständig sei. Die Rückmeldungen der Gewerbetreibenden auf die gemeinsamen Streifen fallen positiv aus, allerdings erzielten sie bislang nicht die gewünschte Wirkung. Er betonte, dass die Problematik bekannt sei und er weiter daran arbeiten werde, dass der Anger sicherer wird. Er fügte hinzu, dass er im ständigen Austausch mit der Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt stehe und das Thema Anger immer wieder angesprochen hat und angesprochen wird.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte, dass er den Eindruck habe, dass das Alkoholverzehrverbot auf den Erfurter Anger keine Wirkung zeige. Er sprach sich dafür aus, die Probleme nicht auf die Polizei oder der Ordnungsbehörde auszulagern, sondern durch nachhaltige soziale Ansatzpunkte wie z. B. Einsatz von Sozialarbeitern, Streetworkern zu verbessern.

Herr Horn wies darauf hin, dass Streetworker für die Altersstruktur von 14 Jahren bis 27 Jahren, also für Jugendliche, zuständig seien. Des Weiteren schlug Herr Horn vor, eine Strategie zu verfolgen, welche sowohl den Einsatz von Sozialarbeiten als auch ordnungspolitischen Maßnahmen durch die Arbeit der Polizei und Ordnungsbehörde berücksichtigt.

Herr Frenzel, Fraktion SPD, äußerte, dass es unumstritten sei, dass es auf dem Anger Probleme gebe und dass man darüber reden müsse. Er regte an, zu schauen, wo die Probleme sind und verwies dabei auf deren Vielschichtigkeit, gerade mit Blick auf die vielen verschiedenen Menschen mit unterschiedlichen Problemlagen, deren unterschiedlichen Altersgruppen und Nationalitäten. Auch mit Blick auf die Verkehrssituation auf den Anger sei dieser kein angenehmer Platz. Er äußerte sein Verständnis, dass die Stadtratsmitglieder diese Problematik thematisierten und etwas dagegen unternehmen wollten, denn so, wie die derzeitige Situation ist, könne sie nicht bleiben. Er sprach sich dafür aus, Verbote zu kontrollieren und durchzusetzen.

Der Referent des Dezernates für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit erklärte, dass sowohl die Sozialarbeiter als auch die Streetworker keine Ordnungswidrigkeiten ahnden dürfen. Er verwies auf die niedrighschwelligten Angebote des Jugendamtes. Des Weiteren fügte er hinzu, dass die dauerhafte Präsenz eines Kontaktbereichsbeamten am Anger sehr wünschenswert sei.

Die Ortsteilbürgermeisterin vom Roten Berg wies darauf hin, dass die Magdeburger Allee ebenfalls ein kriminogener Ort sei und daher nicht vergessen werden darf.

Herr Horn äußerte, dass der Kontaktbereichsbeamte voraussichtlich im Sommer seinen Dienst aufnehmen werde. Derzeit werde mit Hochdruck an der Umsetzung gearbeitet.

Der Ausschussvorsitzende Herr Blechschmidt fasste noch einmal alle Punkte zusammen, und betonte, dass sowohl die Durchsetzung von rechtlichen Vorgaben als auch die Beachtung der unterschiedlichen sozialen Lebenslagen der Menschen, die den Anger als öffentlichen Ort zum Verweilen nutzen, bei der Erarbeitung von Umsetzungskonzepten berücksichtigt werden müssten.

Da keine weiteren Informationen vorlagen, beendete der Ausschussvorsitzende die öffentliche Sitzung.

gez. A. Blechschmidt  
Vorsitzender

gez.   
Schriftführer/in